Ä5 Solidarität und Sicherheit auf Basis des Völkerrechts: Für Frieden in Israel und Gaza

Antragsteller*in: Hermann Kuhn (KV Bremen-Mitte)

Änderungsantrag zu LA1

Von Zeile 56 bis 62:
~~Mit der Fortführung des Krieges in Gaza agiert die Regierung um Netanjahu auch gegen die wachsende Kritik aus den Reihen des eigenen Militärs[4] und der Opposition, sowie gegen einen großen Teil der Zivilgesellschaft, der zu Zehntausenden gegen den Krieg demonstriert,[5] und gegen die Familien der entführten Geiseln. Diese engagieren sich für ein Ende des Krieges im Gazastreifen und die sichere Rückkehr der noch in Gefangenschaft befindlichen Personen[6], zu denen auch mehrere deutsche Staatsbürger gehören.[7]~~

Ihre Forderung ist, der Freilassung der Geiseln durch die Hamas oberste Priorität zu geben, dazu auch mit der Hamas zu verhandeln und das Leben der Geiseln durch die erneute Offensive nicht zu gefährden. Unter den Geiseln sind Menschen, die auch die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Wir unterstützen diese Forderungen: Die Hamas muss alle Geiseln freilassen, die noch in ihrer Hand sind. Im Gegenzug muss die israelische Regierung einem Waffenstillstand zustimmen.

Begründung

Die Protestbewegung in Israel ist sehr vielfältig, hat verschiedene Strömungen und Motive, natürlich auch innenpolitische. Einig sind sie sich in der Forderung, dass die Befreiung der Geiseln oberste Priorität haben muss, für die auch schmerzhafte Verhandlungen in Kauf genommen werden müssen. Dafür ist eine Unterbrechung des Krieges notwendig, zumal die neue Offensive auch das Leben der Geiseln gefährden könnte.